



## CDU und SPD in Duisburg und am Niederrhein sollen nach Berlin funken: „Wohnen ist das A und O“



**Mehr Neubau, mehr Sanierungen in Duisburg und am Niederrhein: Der Wohnungsbau muss ein Schwerpunkt bei den schwarz-roten Koalitionsverhandlungen in Berlin sein, fordert die IG BAU Duisburg-Niederrhein. Die Bau-Gewerkschaft hält die geplante Infrastruktur-Offensive von Union und SPD für „absolut richtig und wichtig“: von der Straßen- bis zur Schulsanierung. Sie fragt aber auch: „Was ist, wenn Familien sich das Wohnen im Umfeld sanierter Schulen nicht einmal leisten können? Foto: IG BAU | Tobias Seifert**

### ***Duisburg und am Niederrhein: 442000 Wohnungen in 188600 Häusern sind älter als 45 Jahre***

Ob aus Stein, Beton oder Holz: In Duisburg und am Niederrhein gibt es rund 298800 Häuser mit rund 639000 Wohnungen. Ein Großteil davon ist längst in die Jahre gekommen: Rund 188600 der Gebäude wurden vor 1980 gebaut. Das geht aus einer statistischen Auswertung zum Gebäudebestand hervor, die das Pestel-Institut für die IG BAU Duisburg-Niederrhein gemacht hat. Die Bau-Gewerkschaft will damit den Wohnungsbau in den Fokus rücken – den Neubau genauso wie die Sanierung älterer Gebäude: „Damit da in Duisburg und am Niederrhein mehr passiert, muss die neue Bundesregierung für den Wohnungsbau eine Offensive starten. Genau danach sieht es im Moment aber nicht aus“, sagt Karina Pfau. Die Vorsitzende der IG BAU Duisburg-Niederrhein warnt CDU/CSU und SPD davor, den Wohnungsbau bei den Koalitionsverhandlungen zu vernachlässigen.

Deshalb appelliert die IG BAU Duisburg-Niederrhein jetzt an die CDU und an die SPD in Duisburg und am Niederrhein, deutliche Signale nach Berlin zu senden: „Wohnen ist das A und O für die Menschen. Wohnungsnot und Mieten-Explosion



# Pressespiegel

Ausgabe: 21.03.2025



sind für viele Menschen ein massives Problem. Eine Regierung, die das jetzt nicht effektiv anpackt, regiert an den Menschen vorbei“, so Karina Pfau. Diese Botschaft müsse dringend „von Duisburg und am Niederrhein aus an den Tisch der Koalitionsverhandlungen gefunkt werden“. Immerhin gehe es auch um den Neubau von Wohnungen in Duisburg und am Niederrhein. Ebenso wie um die Energiespar-Sanierung alter Wohngebäude – von der Dachdämmung bis zum Austausch alter Fenster.

Insgesamt gibt es in Duisburg und am Niederrhein nach Angaben des Pestel-Instituts rund 442000 Wohnungen, die vor 1980 gebaut wurden. „Gerade von diesen Wohnungen, die 45 Jahre und älter sind, brauchen die meisten eine Sanierung: Es geht darum, deutlich mehr Wohnungen altersgerecht zu machen, wenn demnächst immer mehr Baby-Boomer in Rente gehen und älter werden“, sagt Karina Pfau. Dabei komme es auf Badsanierungen an. Denn bei Seniorenwohnungen seien vor allem Duschen ohne Schwellen wichtig. Außerdem gehe es um breite Türen: „Ältere müssen in der Lage sein, sich mit einem Rollator in der Wohnung zu bewegen“, sagt Pfau.

Die IG BAU Duisburg-Niederrhein appelliert außerdem an die neuen Koalitionäre in Berlin, „mehr Menschen in Duisburg und am Niederrhein endlich wieder eine Chance auf Wohneigentum“ zu geben. „Wer heute ein Durchschnittseinkommen hat, kann vom eigenen Einfamilienhaus, vom Reihenhaus oder von einer Eigentumswohnung nur träumen. Das muss sich ändern. Schwarz-Rot muss dafür sorgen, dass ein Facharbeiter, der Wohnungen baut, sich die endlich auch wieder leisten kann“, fordert Karina Pfau. Der Bund müsse da „dringend etwas unternehmen“ – erst recht bei wieder steigenden Bauzinsen.

Es komme darauf an, dass die neue Bundesregierung „die Weichen für eine Trendwende beim Wohnungsbau stellt – für einen Neubau-Turbo“, so die IG BAU Duisburg-Niederrhein. Insbesondere beim sozialen und bezahlbaren Wohnungsbau. Ein „Weiter so“ dürfe es nicht geben. „Es ist höchste Zeit, dass wieder mehr Wohnungen gebaut werden – dass die Zahl der Neubauten wieder deutlich nach oben geht“, so Pfau. Als bundesweite Zielmarke nennt die IG BAU 100.000 neu gebaute Sozialwohnungen und 60.000 neue bezahlbare Wohnungen pro Jahr.

Union und SPD setzten mit ihrer Infrastruktur-Offensive bei den Koalitionsverhandlungen einen entscheidenden Schwerpunkt: „Es ist richtig und wichtig, in die Infrastruktur zu investieren – in jede sanierte und neu gebaute Straße, jede Brücke, jede Schiene“, sagt Karina Pfau. Davon werde auch Duisburg und am Niederrhein enorm profitieren. Es sei auch gut, Schulen als Teil der Infrastruktur zu sanieren. „Es ist dabei aber auch wichtig und notwendig, dafür zu sorgen, dass sich Familien das Wohnen im Umfeld sanierter Schulen wieder leisten können“, so die Vorsitzende der IG BAU Duisburg-Niederrhein.

**Lokalkompass.de**



## Karina Pfau: Offensive für Wohnungsbau

Vorsitzende der IG BAU  
appelliert an CDU und  
SPD im Kreis Wesel

**Kreis Wesel.** Im Kreis Wesel gibt es rund 118.500 Häuser mit rund 227.500 Wohnungen. Ein Großteil davon ist längst in die Jahre gekommen: Rund 70.700 der Gebäude wurden vor 1980 gebaut. Das geht aus einer statistischen Auswertung zum Gebäudebestand hervor, die das Pestel-Institut für die IG BAU Duisburg-Niederrhein gemacht hat. Die Bau-Gewerkschaft will damit den Wohnungsbau in den Fokus rücken – den Neubau genauso wie die Sanierung älterer Gebäude.

„Damit da im Kreis Wesel mehr passiert, muss die neue Bundesregierung für den Wohnungsbau eine Offensive starten. Genau danach sieht es im Moment aber nicht aus“, sagt Karina Pfau. Die Vorsitzende der IG BAU Duisburg-Niederrhein warnt CDU/CSU und SPD davor, den Wohnungsbau bei den Koalitionsverhandlungen zu vernachlässigen.

Deshalb appelliert die Gewerkschaft jetzt an die CDU und an die SPD im Kreis Wesel, deutliche Signale nach Berlin zu senden: „Wohnen ist das A und O für die Menschen. Wohnungsnot und Mieten-Explosion sind für viele Menschen ein massives Problem. Eine Regierung, die das jetzt nicht effektiv anpackt, regiert an den Menschen vorbei“, so Pfau. Diese Botschaft müsse dringend „vom Kreis Wesel aus an den Tisch der Koalitionsverhandlungen gefunkt werden“. Immerhin gehe es auch um den Neubau von Wohnungen im Kreis Wesel.